



Zur neoliberalen Restrukturierung der Öffentlichkeit

Eine kritische Rückbesinnung auf Jürgen Habermas

Tobias Schottdorf

Abstract

Vor dem Hintergrund der neoliberalen Wende ist innerhalb der sozialwissenschaftlichen Debatte von einer ökonomisch induzierten Entleerung der demokratischen Gesellschaft die Rede. Dieser Beitrag fokussiert sich auf die Restrukturierung eines Teilaspektes jener demokratischen Ordnung: der Sphäre der Öffentlichkeit. Dabei stützt er sich wesentlich auf die klassische Untersuchung von Jürgen Habermas, dessen Einsichten im Lichte jüngerer Entwicklungen neu bewertet werden müssen.

Zu diesem Zwecke werden die zentralen Thesen seiner Untersuchung in einem ersten Schritt systematisch rekonstruiert. Im Anschluss daran werden die grundlegenden theoretischen Prämissen, aber auch die politische Praxis des neoliberalen Projektes vorgestellt sowie deren sozioökonomische Konsequenzen eruiert. Der letzte Schritt führt beide Darstellungen zusammen, indem die ambivalente Realität neoliberaler Öffentlichkeit mit dem von Habermas gezeichneten Ideal kontrastiert wird.

Inhalt

0. Hinführung	2
1. Gestalt und Genese moderner Öffentlichkeit	4
2. Neoliberalismus als Begriff und sozialwissenschaftliche Analysekategorie	8
3. Das ambivalente Gesicht der neoliberalen Öffentlichkeit	15
4. Literatur	24

Zitervorschlag:

Schottdorf, Tobias (2018): *Zur neoliberalen Restrukturierung der Öffentlichkeit – Eine kritische Rückbesinnung auf Jürgen Habermas*. In: Herausgeber*innenkollektiv SSK15 (Hg.): *Denken über(-)denken – Beiträge zum 5. Studentischen Soziologiekongress 2015*. Tübingen 2018

0. Hinführung

Ein soziologischer Kongress mit dem Titel „Denken über(-)denken“ verweist zurück auf die Bedeutung jener Klassiker der Sozialwissenschaften, welche sich sowohl für die Theoriebildung als auch für die empirische Forschung als unerlässlich herausgestellt haben. Einen solchen Status kann heute ohne Zweifel der von Jürgen Habermas 1962 verfassten Studie über den *Strukturwandel der Öffentlichkeit* zugeschrieben werden, verstand sie es doch, soziologische und politikwissenschaftliche Analysen auf der deskriptiven, mit philosophischen Betrachtungen auf der normativen, Seite, zulaufend auf eine kritische Zeitdiagnose, zu synthetisieren. Ihre Interdisziplinarität trug wesentlich dazu bei, das Feld der Öffentlichkeit sowie ihr logisches Gegenstück, die Sphäre der Privatheit, für die weitere Erforschung überhaupt erst abzustecken. Habermas' elementares Ziel war es, die Genese der liberalen bürgerlichen Öffentlichkeit im westeuropäischen Kontext des 18. und 19. Jahrhunderts idealtypisch zu rekonstruieren und jene Idee mit der faktischen Verfasstheit des Sozialen zu konfrontieren, sprich: immanente Kritik und genauer „Ideologiekritik“¹ zu betreiben (vgl. Habermas 1973, 1990; Stahl 2013).

In unserer Alltagssprache kann der Begriff „Öffentlichkeit“ unterschiedliches bezeichnen. Meist rekurren wir auf sie zur Beschreibung einer Situation als einer allgemein zugänglichen und grenzen sie damit gegenüber dem persönlichen Lebensbereich ab, der in liberalen Gesellschaften mit einem besonderen Rechtsschutz versehen ist. Schon Georg Simmel analysierte 1908 in seiner großen *Soziologie* die Grenzen zwischen dem notwendigen, allgemeinzugänglichen Wissen und der Akzeptanz einer gewissen Diskretion und Intimität zur Garantie der sozialen Integration. Das „Geheimnis“ als spezifische Form der Vergesellschaftung biete, ihm zufolge, eine „[...] ungeheure Erweiterung des Lebens [...], weil vielerlei Inhalte desselben bei völliger Publizität überhaupt nicht auftauchen können“ (Simmel 2013:406). Während individuelle Besonderheiten einen geschützten Raum zu ihrer Entfaltung benötigen, sei schlichtweg dasjenige öffentlich, was „seinem Inhalt nach Alle“ (ebd. 413) angehe. Selbstverständlich hängt die Grenzziehung zwischen beiden Räumen von gesellschaftlichen Deutungsprozessen ab und variiert mit den errungenen hegemonialen Positionen innerhalb ebendieser Auseinandersetzungen.

Weitaus komplizierter ist hingegen die präzise Trennung von öffentlicher und staatlicher Sphäre, da es bei öffentlichen Ämtern und staatlichen Funktionstragenden zu Über-

1 Die Lehren des Neoliberalismus sind insofern ideologisch, als sie einen zusammenhängenden Korpus von Ideen, ein, in Rahel Jaeggis (2009:268) Worten, „Überzeugungssystem“ mit „praktischen Konsequenzen“ bilden. Ideologien fußen auf der sozialen Realität und bieten eine spezifische Auslegung ebendieser an; in diesem Sinne können sie wahr und falsch zugleich sein. Als gesellschaftlich induzierte sind sie erstens nicht bloßer Trugschluss, sondern „in der Beschaffenheit der Realität gegründeter Irrtum“ (ebd. 276). Zweitens fußen sie auf einer normativen Ordnung, deren an der Norm selbst gemessene Verwirklichung aus ideologiekritischer Sicht unvollständig bleibt. Daraus folgt, dass Ideologiekritik als Form immanenter Kritik „[...] genau genommen nicht nur die Ideologie, sondern eine Praxis, die mittels Ideologie aufrechterhalten bzw. durch diese konstituiert wird“ problematisiert (ebd. 277).

schneidungen kommen kann. Erschwerend hinzu kommt die Historizität der Öffentlichkeit: Der heutige Sprachgebrauch von Öffentlichkeit geht zurück auf den Bedeutungszuwachs eines ökonomisch und eines sich – meist mit Verzögerung – politisch emanzipierenden Bürgertums (vgl. Hillmann 2007:638-639). Im Übrigen steht uns im Begriff der Öffentlichkeit ein normativ gesättigter Terminus vor Augen, ein Versprechen, anhand dessen sich soziale Umstände bewerten lassen. Er impliziert, so die Vorstellung der neueren politischen Theorie, einen kommunikativen, zwanglos organisierten Raum, innerhalb dessen Willensbildungsprozesse vonstattengehen und gemeinsame Angelegenheiten kooperativ verhandelt werden können (vgl. Hartmann 2011:274). Insbesondere diese letzte Bedeutung von Öffentlichkeit als Quelle der Kritik sozialer und politischer Verhältnisse wurde von Habermas nachhaltig geprägt, wenngleich er sich in seinen Arbeiten nicht allein auf sie beschränkte.

Freilich – und dessen war Habermas sich durchaus bewusst – trägt auch seine Studie, wie jede Gesellschaftsdiagnose, einen Zeitkern in sich, der eine zukünftige Neuverhandlung des Stoffs unumgänglich macht. Jener Aufgabe widmet sich dieser Beitrag. Es gilt einerseits, seine Überlegungen zum Struktur- und Funktionswandel der Öffentlichkeit systematisch zu rekonstruieren (1.), um sie sodann vor dem Hintergrund einer veränderten sozialen Welt kritisch zu diskutieren (3.). Als komplementären Zwischenschritt ist es nötig, die Entwicklungen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur, welche häufig als „neoliberal“ beschrieben wird, zu umreißen (2.). Damit macht sich dieser Beitrag die Grundintuition von Habermas und der Kritischen Theorie insgesamt zu eigen, der zufolge der „Strukturwandel der Öffentlichkeit“, wie soziale Zusammenhänge als solche, „[...] eingebettet in die Transformation von Staat und Ökonomie [...]“ (Habermas 1990:21) aber auch eines kulturell-ideellen Wertewandels verstanden werden müssen.

1. Gestalt und Genese moderner Öffentlichkeit

Ohne zu tief auf die Ideen- und Begriffsgeschichte eingehen zu wollen, muss erwähnt werden, dass von „Öffentlichkeit“ als substantiviertem Begriff überhaupt erst seit dem 18. Jahrhundert, also mit der Genese der bürgerlichen Gesellschaft verwachsen, gesprochen werden kann. Im ausgehenden Mittelalter und der anbrechenden Renaissance verhöflicht die bis dato vorherrschende, repräsentative Form der Öffentlichkeit – etwa was die Bereiche von Etikette und Zeremoniell, wie sie Norbert Elias (1997) vertiefend beschrieb, anbelangt (vgl. Habermas 1990:55-67). Erst in der modernen Trennung von Staat und Gesellschaft treten die öffentliche und die private Sphäre auseinander. Der Niedergang der repräsentativen Öffentlichkeit, also jene den feudalen Gesellschaften zugehörige Form der außenwirksamen Präsentation, die ausschließlich der Darstellung eines grundherrlichen Status dient (vgl. ebd. 60), ist gebunden an den Aufstieg des Finanz- und Handelskapitalismus. Anfangs vermochte die bestehende Herrschaftsordnung noch die neue Gesellschaftsformation zu integrieren, doch förderte die wirtschaftliche Entwicklung Kräfte, welche das bestehende System zum Einsturz brachten. Der politische Umbau hinkt dabei der sozialen Innovation hinterher und schließt erst durch den Aufbau eines modernen, bürokratisch gelenkten Territorialstaates auf. Auf diesem Wege formierte sich die bürgerliche Gesellschaft als vom Staat gesonderter Raum privater Autonomie. In ihr, so formuliert Habermas (1990:76), treten die „[...] Tätigkeiten und Abhängigkeiten, die bisher in dem Rahmen der Hauswirtschaft gebannt waren [...] über die Schwelle des Haushalts ins Licht der Öffentlichkeit“.

Mit dem Warenverkehr weitet sich ebenfalls der Nachrichtenverkehr aus. Die Adressierung der Bekanntmachungen vonseiten der öffentlichen Gewalt war an der Konstitution eines Publikums nachhaltig beteiligt. Aus diesem schälte sich der neue Stand des Bürgertums heraus, dessen Beziehungen zum Hof in jeder Hinsicht spannungsgeladen waren. Dieser Konflikt zwischen Obrigkeit und einer sich der Reglementierung widersetzen bürgerlichen Öffentlichkeit, welche zusehends zu einem kritisch-räsonierenden Publikum avancierte, wurde durch das Medium der Presse ausgetragen (vgl. ebd. 78-83).

Ziel sei es gewesen, so Habermas weiter, die Herrschaft entlang vernünftiger Maßstäbe substanziell zu reformieren und eine doppelte Emanzipation, sowohl auf politökonomischer, als auch auf persönlicher Ebene, zu gewährleisten. Die Erfahrung von Autonomie im privaten Leben sollte auf den öffentlichen Raum übertragen werden. Privatheit und die mit ihr geschützte Intimität, die Revolutionierung der familiären Organisation, wurde überhaupt erst möglich durch die Auskopplung der Produktion aus dem Haushalt (vgl. ebd. 109). Rasch ging daher aus der literarischen Öffentlichkeit der Salons und Tischgesellschaften, die das Erbe der humanistisch-aristokratisch orientierten höfischen Gesellschaft in sich trugen, eine politische Öffentlichkeit hervor, innerhalb derer soziale Be-

dürfnisse und Staatlichkeit miteinander in Beziehung gesetzt wurden. Für die Ausweitung des Publikums und den Abbau sozialer Exklusivität macht Habermas sowohl intrinsische Motive als auch externe Ursachen aus, die insgesamt dazu führten, Autonomie in der Öffentlichkeit zu suchen. Dies zeige sich schon daran, dass fortan auch private Bedürfnisse und Anliegen verstärkt im Licht der Öffentlichkeit debattiert wurden (vgl. ebd. 93, 120, 204-210).

Gemäß den Ausführungen von Habermas (1990:115) herrschte in diesen, teils geheimen, Kreisen eine Gleichheit, die nur „außerhalb des Staates möglich“ war. In der wechselseitigen Verschränkung der „Privatheit des einen“ und der „Öffentlichkeit des anderen“, konstituierte sich erstmals ein Gespür für die Bedeutung sozialer Freiheit. Der Idee nach löst sich Herrschaft selbst in der Öffentlichkeit, deren elementares Prinzip das der allgemeinen Zugänglichkeit ist, auf (vgl. ebd. 152-157). Selbst vormals distinkte Kulturgüter erfahren in ihrer Warenförmigkeit eine Profanisierung, indem sie einer integrativen, rationalen Verständigung ausgesetzt werden. Nach ihrer vollen Entfaltung Mitte des 19. Jahrhunderts begann jedoch, so die Interpretation von Habermas (1990:98, 148, 159-160), der Niedergang jenes Ideals, welches stets Ideologie und zugleich mehr als Ideologie, wahr *und* falsch, gewesen sei. Dieser Gedanke, der im Folgenden näher spezifiziert wird, ist zweifellos an Karl Marx' Auffassung geschult, die öffentliche Meinung sei falsches Bewusstsein, da sich in ihr letzten Endes Klassenherrschaft fortsetze.

Initiiert wurde der Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit durch die Etablierung des organisierenden Kapitalismus. Dies drückt Habermas (1990:57, 223) folgendermaßen aus:

Die „Tendenzen des Zerfalls der Öffentlichkeit sind unverkennbar: während sich ihre Sphäre immer großartiger erweitert, wird ihre Funktion kraftloser. [...] In den auf die Blütezeit des Liberalismus folgenden hundert Jahren eines allmählich sich ‚organisierenden‘ Kapitalismus löst sich das ursprüngliche Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit tatsächlich auf“.

Was die Zeitdiagnose anbelangt, so identifiziert er mehrere Dimensionen dieses Strukturwandels, die sich entlang dreier Achsen – Sozialität, Kultur und Politik – explizieren lassen. *Zunächst* komme es mit dem Ende des liberalen Kapitalismus zu einer qualitativen Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit, von einer bloßen Ordnungs- hin zu einer zusätzlichen Gestaltungsfunktion (vgl. ebd. 229-234). Ein solcher Interventionismus trage wesentlich dazu bei, dass die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, ja die von Staat und Gesellschaft als Ganzes, sukzessive beseitigt werde. Damit schwinde auch die Grundlage auf der die bürgerliche Öffentlichkeit überhaupt erst zu gedeihen vermochte. Habermas (1990:226) führt dies weiter aus:

„Erst diese Dialektik einer mit fortschreitender Verstaatlichung der Gesellschaft sich gleichzeitig durchsetzenden Vergesellschaftung des Staates zerstört allmählich die Basis der bürgerlichen Öffentlichkeit – die Trennung von Staat und Gesellschaft. Zwischen beiden [...]“

entsteht eine repolitisierte Sozialsphäre, die sich der Unterscheidung von ‚öffentlich‘ und ‚privat‘ entzieht.“

Vormals private Zusammenhänge würden einen zumindest halböffentlichen Charakter annehmen.² Das Berufs- und Familienleben, zuvor in der Privatsphäre verbunden, rücke auseinander. Ersteres erhalte einen eigenen intermediären Rang. „Mit dem Großbetrieb“, so beschreibt Habermas (1990:240) jene durch die, regulationstheoretisch gesprochen (vgl. Jessop 1992; Hirsch 2005: 82-87), fordistische Produktionsweise induzierten Veränderungen, „wird ein gegenüber der Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit neutrales gesellschaftliches Gebilde zum herrschenden Organisationstypus der gesellschaftlichen Arbeit“. Dieser Tendenz zum Verlust der Privatsphäre stehe einzig die Familie als Reservat der Privatheit entgegen. Ein Rückzug auf diesen Bereich steigere allerdings keineswegs die persönliche Autonomie, gehe damit doch eine neue Anfälligkeit durch das Eindringen halböffentlicher Institutionen einher. Zugleich nehme allerdings auch die Öffentlichkeit Züge von Intimität an, womit aus Habermas‘ Sicht (vgl. 1990:245-252) von einem pathologischen Wechselverhältnis beider Sphären gesprochen werden kann.

Neben diesen sozialen Veränderungen komme es *zweitens* zu einer neuen Eindimensionalität im Bereich des kulturellen Austausches. Die literarisch-kulturräsonierende Öffentlichkeit werde umgestaltet zu einer des Kulturkonsums. Habermas unternimmt an diesem Punkt eine kommunikationstheoretische Reformulierung der Kulturindustriethese Adornos und Horkheimers (vgl. 2012:128-176) unter Vorausdeutung auf die später in der *Theorie des kommunikativen Handelns* ausgeführte Kolonialisierungsthese (Habermas 1995), der zufolge die Öffentlichkeit zum „Medium politischer und ökonomischer Beeinflussung“ verkomme (Habermas 1990:267). Das Ende der Reziprozität, der Abbruch jener öffentlichen Kommunikationsketten, münde in apolitischem Verhalten, welches selbst Diskussionen und Raisonement, sowohl formal – das heißt vor allem ökonomisch – als auch inhaltlich, also psychologisch, leicht konsumierbar werden lasse (vgl. ebd. 254-255, 261). Die Öffentlichkeit spalte sich gewissermaßen dichotom in Spezialisten und ein ihnen gegenüberstehendes Massenpublikum. Damit werde deren Organisation und Manipulation ‚von Oben‘ erleichtert sowie der gleichberechtigte Zugang, welcher in der Idee der Öffentlichkeit noch verbürgt war, abgeschafft. „Der Kommunikationszusammenhang eines rasonierenden Publikums von Privatleuten ist zerrissen“, urteilt Habermas (1990:356). Nicht verallgemeinerbare privilegierte Privatinteressen kontaminieren und kommerzialisieren die Öffentlichkeit.

Als *dritten* und letzten Punkt lässt sich die politische Seite dieses Strukturwandels begutachten. In diesem Bereich sei erkennbar, dass politische Interessen, welche die öffentliche Meinung formen, planmäßig strukturiert und zusehends inszeniert würden. Wäh-

2 Als Beleg für diese Entwicklung führt er die zunehmende Verzahnung von öffentlichem und privatem Recht an.

rend im Umfeld der Kultur und Ökonomie eine individualisierte Einflussnahme vorzufinden sei, trete hier das Kollektiv als Adressat in den Vordergrund. Wenn jedoch Popularität durch Publizität hergestellt werden soll, so diene Öffentlichkeit nunmehr einzig dem Ziel, Legitimität und Konsens zu beschaffen (vgl. ebd. 289-294). Hierzu Habermas (1990:325) weiter:

„So wird ein als Publikum desintegriertes Publikum der Staatsbürger mit publizistischen Mitteln derart mediatisiert, daß es einerseits für die Legitimation politischer Kompromisse beansprucht werden kann, ohne andererseits an effektiven Entscheidungen beteiligt oder der Beteiligung auch nur fähig zu sein.“

Diese Personalisierung und situative Affektbindung widerspricht dem Ideal der wechselseitigen Aufklärung und begründet das, was Habermas (1990:292) eine „Refeudalisierung“ der Öffentlichkeit, also eine Wiederkehr der Repräsentation, nennt. Zu diagnostizieren sei ein organisatorischer Zugriff von der Kontrolle einer politischen Öffentlichkeit enthobenen Institutionen, etwa Verbänden und Parteien auf ebenjene. Im Anschluss an Weber gelangt Habermas (1990:327) zu dem Schluss, dass die verselbstständigte öffentliche Verwaltung im Sozialstaat, also in jenem Staat der im Unterschied zum liberalen Rechtsstaat „[...] den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang im ganzen ordnen“ und regulieren will, die Balance von Staat und Gesellschaft zu Fall bringe. Damit sei ausschließlich eine Minorität der Bürger tatsächlich aktiv, was für die Entfaltung der prozedural verfassten und auf Intersubjektivität angewiesenen Öffentlichkeit nicht genüge (vgl. ebd. 316).

Seine Ausführungen sind von Pessimismus geprägt. Abschließend betont er nämlich, dass die Chance zur Synchronisierung von politischem Handwerk und öffentlicher Kontrolle an eine umfassende Demokratisierung gebunden sei, doch zeigt er sich selbst unsicher, ob der der Öffentlichkeit als Versprechen innewohnende Kompromiss im Zeitalter des Pluralismus überhaupt noch erreicht werden könne (vgl. ebd. 340-342).³

3 Verschiedene Autorinnen und Autoren, etwa Söllner (1983) oder Kennedy (1986), wiesen darauf hin, dass die Sorge vor den politischen Folgen des gesellschaftlichen Pluralismus beim frühen Habermas sowie der älteren Generation der Frankfurter Schule durch eine kritische Rezeption bestimmter Gedanken Carl Schmitts entstand.

2. Neoliberalismus als Begriff und sozialwissenschaftliche Analysekategorie

Der fordistische oder spätkapitalistische Strukturwandel, den Habermas beschreibt, fand Mitte des 20. Jahrhunderts seinen Abschluss. Seitdem unterliegt nicht nur die Produktionsweise, sondern auch der Zusammenhang von Ökonomie, Staat, Politik und Kultur insgesamt einer Veränderung, die meist als ‚neoliberale Wende‘ bezeichnet wird. Jessop (2001:268) spricht in diesem Zusammenhang beispielsweise von einer nunmehr dominierenden „neoliberalen Form postfordistischer Restrukturierung“. Diese Formel dient der Beschreibung mehrerer parallel verlaufender und sich wechselseitig beeinflussender gesellschaftlicher Veränderungen seit Mitte der 1970er Jahre, für die die zeitgenössische Soziologie unterschiedliche Schlagworte entwarf. Im wissenschaftlichen Diskurs ist etwa, um nur einige Termini zu benennen, von „Multioptionsgesellschaft“ (Gross 2016), „Müdigkeitsgesellschaft“ (Han 2011), „Prekarisierungsgesellschaft“ (Marchart 2013b), „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016), „Netzwerkgesellschaft“ (Castells 2001) oder einer „Beschleunigungsgesellschaft“ (Rosa 2012) die Rede. Bei aller Differenz dieser Betrachtungen im Detail, besteht doch ein übergreifender Konsens darüber, dass sich das soziale Gefüge auf materieller und ideeller Ebene nachhaltig gewandelt habe.

Mit Blick auf erstere lässt sich festhalten, dass die dominierende keynesianische Wirtschaftsordnung, welche sich infolge des ökonomischen Kollapses von 1929 herausbildete, in die Krise geriet. Wenngleich die Rede von „einer sozialen Nivellierung“ in Richtung einer einheitlichen Mittelstandsgesellschaft, wie sie Schelsky (1965:332) als zeitgenössischer Kommentator prägte, ohne Zweifel übertrieben war, so ist doch unverkennbar, dass steigende Löhne, sozialstaatliche Regulierung und neokorporatistische Aushandlungsstrategien⁴ für die Ausbildung einer integrierten „Aufstiegsgesellschaft“ förderlich waren (Nachtwey 2016:23). Natürlich darf diese breite Inklusion nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil der Bevölkerung – allen voran Frauen – keineswegs in den Genuss jener rechtlichen Absicherung kam. Auch ihr Alltag war – und ist es heute zum Teil noch immer – durchzogen von patriarchalen Herrschaftsbeziehungen sowie finanzieller Abhängigkeit. Das langfristige Hauptproblem dieser Wirtschaftspolitik bestand jedoch darin, die wachsende Inflation nicht bändigen zu können, was wiederum eine zunehmende Arbeitslosigkeit aufgrund des Preisverfalls und den unverhältnismäßigen Lohnforderungen hervorrief. Verstärkt wurden diese Schwierigkeiten durch zwei Ölkri-

4 An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass es länderspezifische Unterschiede in Interpretation und Umsetzung dieses keynesianischen Projektes gab. Im angelsächsischen Raum waren beispielsweise die neokorporatistischen Bestandteile schwächer ausgeprägt als in Skandinavien und Deutschland. Daher ist die Rede von verschiedenen ‚Varianten‘ des Kapitalismus und des Wohlfahrtsstaates durchaus angemessen (vgl. Hall/Soskice 2001).

sen, einen in weiten Teilen gesättigten Markt und einem damit einhergehenden Nachfrageeinbruch, sowie dem Ende des Bretton-Wood-Systems. Die „robusten Regulationen der Nachkriegsära“ schienen fortan als „Hindernis der Kapitalakkumulation“ (Dörre 2012:52). Als „neoliberal“ wird gemeinhin jenes politökonomische Arrangement bezeichnet, das diese Phase des Kapitalismus beerbte und dessen Probleme zu beheben sich anschickte (vgl. Altvater 2008).

Freilich sollte erwähnt bleiben, dass es, anders als etwa die Ausführungen von Gerhard Willke (2003) nahelegen, nicht *den* Neoliberalismus als einheitliches Projekt gibt, sondern es sich um einen Begriff im Plural handelt: Der Neoliberalismus besitzt tatsächlich vielfältige ideengeschichtliche Varianten und realpolitische Ausprägungen, die, zwar nicht immer dem Prinzip der Einigkeit folgend, doch bestimmte Kernvorstellungen teilen, was die Zuordnung zu einer gedanklichen Strömung erlaubt. Die theoretischen Ursprünge dieser Tradition lassen sich bis in die 1920er Jahre in Wien, später auch in Freiburg und Chicago, zurückverfolgen. Gemeinsam ist den Protagonisten dieses Denkens der Wunsch, den gescheiterten Liberalismus unter Korrektur bestimmter Grundannahmen zu revitalisieren. Beibehalten wird neben dessen methodologischem Individualismus vor allem das Vertrauen in den Markt, als bestgeeignetes Mittel der Verteilung von Gütern, Forderungen und Dienstleistungen (vgl. Mirowski/Plehwe 2009). Vom klassischen Liberalismus unterscheidet sich der Neoliberalismus insofern, als er dem Staat eine bestimmte Funktion zuschreibt, um den Erfolg der Marktprinzipien zu gewährleisten. Bröckling (2016:81-82) spricht von einer „institutionalistischen Konzeption von Ökonomie“, welche die frühere „naturalistische“ zu ersetzen begann. Entsprechend ziele staatliches Handeln im Neoliberalismus darauf ab, aktivistisch aktivierend zu sein und die vormalige „Enthaltbarkeit“, wie sie im 19. Jahrhundert noch vehement vertreten wurde, durch kontinuierliche Eingriffe zu ersetzen.

Bekanntermaßen kann die Sozialpolitik grundsätzlich verschiedenen Aktivierungsmodellen folgen. So unterscheidet Ullrich (2004:147) vier Typen befähigender Politik, indem er markt- und gemeinschaftsbasierte Varianten mit staatlichen Aktivitäts- oder Passivitätsforderungen kreuztabelliert. Im Ergebnis gelangt er dadurch zu einem sozialliberalen, einem libertären, einem kommunitaristischen und einem konservativen Aktivierungsmodell, deren Grenzen in der Praxis durchaus verwischen können. Tatsächlich scheint jedoch in jüngerer Zeit auf gewisse Förderprinzipien bevorzugt zurückgegriffen zu werden, wohingegen frühere Mobilisierungsstrategien an Bedeutung einbüßen. Laut Bröckling (2016:83) werden „antisoziale Effekte des Wettbewerbs“ nicht länger nach keynesianischem Vorbild durch staatliche Interventionen beseitigt, sondern in Kauf genommen, solange die Marktwirtschaft stabil bleibt und der notwendige Wettbewerb gewährleistet werden kann. Wie genau dieses Ziel zu erreichen ist, darüber herrschen durchaus Meinungsverschiedenheiten innerhalb der mannigfaltigen neoliberalen Strömungen, auf die

an dieser Stelle allerdings nicht näher eingegangen werden kann. Einen groben Überblick über die verschiedenen Stoßrichtungen der zentralen Ansätze gibt die nachstehende Tabelle, welche eine Gegenüberstellung entlang verschiedener einschlägiger Positionierungen vornimmt und dadurch die vorhandenen Differenzen hervorhebt. Die Kontrastierung erfolgt, neben der jeweiligen Zugangsweise, vor allem in den mehr oder weniger stark voneinander abweichenden Interpretationen des Wettbewerbs, der Rolle des Staates sowie der Bedeutung der Demokratie für den eigenen theoretischen Ansatz. Selbstverständlich ließe sich diese Differenzierung, je nach Theoretiker*in, auch innerhalb der verschiedenen Strömungen des Neoliberalismus weiter fortsetzen.

Tabelle 1: Varianten neoliberalen Denkens

	Ordoliberalismus	Konstitutionen- ökonomie	Österreichische Schule	Chicagoer Schule
Ausgewählte Vertreter*in	Eucken Röpke Rüstow	Buchanan Williamson	Von Mises Von Hayek	Knight Friedman Becker Schultz
Grundlegende Stoßrichtung	Notwendige Abstimmung des gesamten sozialen Ordnungsgefüges	Politik ist begreifbar mithilfe ökonomischer Tauschkategorien	Spontane Marktordnung koordiniert vorhandene Wissensbestände am effizientesten	Ordnung des Sozialen nach Marktprinzipien
Wettbewerbs- verständnis	Statisch	Statisch	Dynamisch	Dynamisch
Ausmaß an Staatlichkeit	Stark: Garantie und Förderung von Wettbewerb	Rechtliche Selbstbindung	Rechtliche Selbstbeschränkung	Begrenzt: Deregulierung und indirekte Maßnahmen
Stellung der Demokratie	Skepsis: Autoritärer Einschlag	Neutral	Entschärft: Volksouveränität wird begrenzt durch Rechtsstaatlichkeit	Dysfunktional: Konsumenten- souveränität statt Volksouveränität

Für die hier zu verhandelnde Fragestellung sind hingegen die realpolitischen Wirkungen dieser nationalökonomischen und politiktheoretischen Debatte von Bedeutung, geben sie doch Aufschluss über die Stellung der Öffentlichkeit innerhalb dieser neuen und flexiblen kapitalistischen Gesellschaftsordnung.⁵

5 Letztlich spielt es daher auch keine Rolle, ob der Begriff des Neoliberalismus, hegelianisch gesprochen, tatsächlich die Erscheinung der sozialen Realität widerspiegelt – über deren Wesen wird hier nichts gesagt –, oder ob nicht eine andere Bezeichnung, etwa der von Lessenich (2013:84) vorgeschlagene Begriff einer „neosozialen [...] Regierung der Gesellschaft“, gefunden werden müsste. Eine solche Debatte ist für diese Diskussion unerheblich, insofern gewisse Entwicklungen empirisch nicht von der Hand zu weisen sind. Fraglich bleibt vielmehr, was aus ihnen für die Diagnose von Habermas zu schlussfolgern ist. Ausgeklammert bleibt damit auch die fruchtbare politiktheoretische Fragestellung, wie Öffentlichkeit in der jeweiligen theoretischen Zugangsweise konzeptualisiert und deren Relevanz bewertet wird.

Sozialpolitik nach der Krise des Fordismus wird fortan so gestaltet, dass sie Wettbewerb begünstigt und entsprechend der Effektivitätsförderung jener Marktmechanismen organisiert wird. Der Versuch, Marktprinzipien in sämtlichen Lebenssphären, auch und gerade in solchen, die der offenen Konkurrenz zuvor entzogen waren, zu verankern, macht den totalitären Charakter des neoliberalen Projektes aus. Die Begründung solcher Maßnahmen findet dieses Denken im Versprechen der Freiheit, welches der keynesianische Bevormundungs- und Disziplinarstaat pervertiert habe. Gerade deshalb war es dieser Vorstellung auch möglich, den Wunsch von Künstler- und Bürgerrechtsbewegungen nach Selbstbestimmung und Authentizität in das neoliberale Gedankengebäude zu inkorporieren, ohne die gleichzeitigen Klagen über fehlende sozioökonomische Egalisierung zu berücksichtigen. Was historisch folgt ist eine ‚Welle der Entstaatlichung‘ und Privatisierung. Der schlanke Staat musste in den Augen neoliberaler Apologeten bestimmte Leistungen outsourcen und sich dem Modell des ‚public management‘ unterwerfen, um sich dem Ideal des Unternehmens anzunähern. Die Kontrolle der als elementar geltenden Grundgüter, deren Zuteilung dem Staat oblag, wurde der öffentlichen Hand zunehmend entzogen, da deren vermeintlich anpassungsträger Apparat als kafkaeske Bedrohung angesehen und für unrentabel befunden wurde (vgl. Nachtwey 2016). Selbstverständlich begrenzt und zieht sich der Staat nur aus bestimmten Bereichen zurück, während er in anderen seine Aktivität aufrechterhält oder gar intensiviert. Weder handelt es sich um ein lineares Fortschreiten neoliberaler Reformprozesse noch um identische oder gar gleichzeitige Entwicklungen innerhalb verschiedener Staaten. Die tatsächliche Implementierung neoliberaler Prinzipien folgt der theoretischen Lehre nur bedingt und hängt ab von gesellschaftlichen Wertekonstellationen, von sozialen Kämpfen, Widerstand und institutionellen Traditionen sowie Pfadabhängigkeiten innerhalb der betroffenen Länder.⁶ Die Forschung unterscheidet wenigstens zwei Phasen der Neoliberalisierung: eine ‚roll-back‘- und eine ‚roll-out‘-Bewegung. Demnach galt es *zuerst* den existierenden institutionellen Rahmen zu beseitigen und bestehende gegenläufige Wertbindungen aufzubrechen, bevor daran *anschließend* die neue sozioökonomische Ordnung etabliert und das neue Antlitz des Kapitalismus gefestigt werden konnte (vgl. Biebricher 2015:124-125).

Exemplarisch zeigt sich dies am Umbau des Wohlfahrtsstaates, der zusehends als Wachstumshemmnis begriffen wurde. Wie Lessenich (2013)⁷ nachweist, bewegt sich der Sozialstaat weg von einem Prinzip paternalistischer Fürsorge hin zu einem Ideal der Be-

6 Die mögliche Bandbreite dieser Umformungsprozesse wird deutlich, wenn man etwa autoritär gesteuerte Maßnahmen in Chile mit der Durchsetzung von Reformen in liberaldemokratischen Staaten wie den Vereinigten Staaten oder Großbritannien vergleicht. Hinzu kommen zeithistorische Besonderheiten, wie die durch die Wiedervereinigung aufgeschobene Implementierung neoliberaler Maßnahmen in der Bundesrepublik.

7 Methodologisch plädieren Lessenich und Borchert (2004) dabei auf eine realistische und nicht reduktionistische Wohlfahrtsstaatsanalyse, die sie im Kern in den Arbeiten von Offe realisiert sehen und von dort aus weiterentwickeln möchten.

fähigung und Aktivierung, welches ganz der Ideologie des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2016:7) entspricht. Indem die Nationalökonomie, so ist sich Bröckling (2002:17) im Rekurs auf die „governmentality studies“⁸ sicher, „[...] den wirtschaftlichen Erfolg auf einen spezifischen Handlungstypus zurückführt und diesen anthropologisch grundiert, präsentiert sie zugleich ein Lebensführungsprogramm und Subjektivierungsmodell“, dessen Appell die Individuen auffordert, Unternehmer*in des eigenen Lebens zu werden, dynamisch und flexibel aufzutreten und sich in Permanenz selbst zu optimieren. Unterschieden werden kann dabei zwischen Sozial- und Selbsttechnologien, die jedoch ein gemeinsames Ziel teilen: die Steigerung der Adaptionfähigkeit an die Erfordernisse der entfalteten Konkurrenzgesellschaft, sei es durch präventive Maßnahmen, durch die Steigerung der Widerstandsfähigkeit im Tätigkeitsprozess selbst, oder durch kurative Regenerationsmaßnahmen (vgl. Bröckling 2017).

Eine dem Prinzip Eigenverantwortung folgende Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates ist einer der Gründe für die wachsende soziale Ungleichheit, welche ihre Rechtfertigung in der Funktionslogik des Marktes findet. Denn: Einzig das freie „Spiel von schwankenden Preisen und flexiblen Löhnen“ könne, so der Grundgedanke, die regulierende Funktion des Wettbewerbs gewährleisten (Hälterlein 2015:107). Die zunehmende Ungleichheit fußt gerade auf einer massiven Umwälzung der Produktionssphäre und des Arbeitsmarktes. Dieser empirisch gestützte Befund, der wesentlich durch Piketty (2014) popularisiert wurde, lässt sich arbeitssoziologisch spezifizieren und erweitern. Zum einen ist erkennbar, dass die früheren Sozialpartnerschaften immer wieder aufgekündigt und Tarifbindungen umgangen werden. Dies mündet in einer Trennung der Arbeitnehmergruppen, die eine hierarchisch gestufte Behandlung erfahren, etwa indem Zeit- und Leiharbeitspersonal der Stammebelegschaft gegenübersteht. Der einschlägige Begriff der ‚Prekarisierung‘ bündelt mehrere jener Besonderheiten innerhalb der jüngeren sozioökonomischen Entwicklung. Das Phänomen der Prekarisierung beschränkt sich nicht auf einen Bereich der Gesellschaft. Prekarisierung respektiert keine Schicht- oder Klassengrenzen, sondern erfasst tendenziell „den gesamten sozialen Raum“ (Marchart 2013a:398). Prekäre Arbeitsverhältnisse zeichnen sich durch ungewisse Beschäftigungs- und Einkommensausichten aus, wobei gleichzeitig die Gültigkeit von Arbeitnehmerrechten, zumindest partiell, suspendiert wird. Kraemer (2009:242) weist daher auf eine eigentümliche „Schwebelage“ hin, innerhalb derer sich die Betroffenen – stets in der Hoffnung auf ein stabiles Lohnarbeitsverhältnis – wiederfinden. Dementsprechend steht Prekarisierung auch für eine verallgemeinerte Verunsicherung, die nicht nur begrenzt auf die Erwerbswelt erkennbar ist, sondern ebenso in die alltägliche Lebenswelt der Bevölkerung eindringt. Castel (2009:21) betont etwa die „Wiederkehr der sozialen Unsicherheit“, die vor allem eine gefühlte Unsicherheit sei. Selbst eine quantitativ überschaubare Zunahme prekärer

8 Über Begriff und Genese dieser Forschungstradition liefert Lemke (2000) einen Überblick.

Anstellungsverhältnisse im Vergleich zu der nach wie vor überwiegenden Zahl stabiler Beschäftigungsformen fördert die „Ängste vor dem sozialen Abstieg“ (Burzan 2009:307), auch und gerade in der Gesellschaftsmitte. Zusammenfassend manifestiert sich Prekarisierung demnach in beiden Dimensionen: objektiv innerhalb des postfordistischen Produktionsprozesses, wie auch subjektiv als permanente und sozial entgrenzte Bedrohung „in den Köpfen aller“ (Marchart 2013a:400). Diese Prekarisierung, die freilich nicht einseitig überbetont werden sollte und bei Weitem noch nicht die gesamte Arbeitswelt erobert hat, verweist dennoch auf einen Trend, der im fordistischen Normalarbeitsverhältnis kaum vorstellbar war.

Zusätzlich stellt sich mit der Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte eine Finanzialisierung der ökonomischen Verhältnisse sowie deren wachsende Internationalisierung ein. Die „relative Entkopplung der Finanzsphäre von der Realwirtschaft“ (Dörre 2012:56) geht mit einer Ausweitung des Operationsspielraums von Unternehmen einher, was wiederum eine Verlagerung der politischen Macht mit sich bringt. Insbesondere globale Großunternehmen können Nationalstaaten gegeneinander ausspielen und mit Standortverlagerungen und Stellenabbau drohen, falls bestimmte Forderungen nicht erfüllt werden. Joachim Hirsch (2005:135) beschreibt das postfordistische Akkumulationsregime zusammenfassend wie folgt: Charakterisiert sei es

„durch eine starke Heterogenisierung und Zersplitterung der Lohnabhängigen, eine verstärkte Arbeitsmigration, strukturelle Massenarbeitslosigkeit, eine wachsende Bedeutung dezentraler korporativer Strukturen vor allem auf Unternehmensebene sowie durch eine erhebliche Schwächung der Gewerkschaften und Unternehmensverbände.“

Die Internationalisierung der entsprechenden Rechtsgrundlagen helfen den nationalstaatlichen Rahmen zu transzendieren und ein globales Regime – effektive ‚Global Governance‘ – zu ermöglichen. Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft und der technische Innovationsdruck beschleunigen, wie Hartmut Rosa (2012 und 2013) plausibel darlegt, das kulturelle und politische Zusammenleben als Ganzes. Das materielle Fundament des von ihm beschriebenen ‚Akzelerationszirkels‘ bildet die im Zuge der Industrialisierung sich bis heute verstärkende technische Beschleunigung. Diese habe zur Folge, dass sich ebenfalls der soziale Wandel intensiviere, was in einer allgemeinen Beschleunigung des ‚Lebenstempos‘ münde. Zum Ausgleich dieser Intensivierung bedürfe es technischer Innovation – so bilde sich ein emporschraubender Kreislauf. Diese auf die temporale Dimension der Modernisierung gerichtete Theorie deckt sich in weiten Teilen mit dem Befund von Richard Sennett (2006:57-80), der ein neues Zeitregime im flexiblen Kapitalismus wüten sieht. Im Bild dieses Zirkels hält Rosa zugleich den funktionalen Niedergang der politischen Institutionen fest, da sie der Dynamik beschleunigter Vergesellschaftung nicht mehr gewachsen seien und die Bevölkerung in Passivität gedrängt würde. Weder ist die politische Ordnung in der Lage, Klassengegensätze durch institutionelle Rahmung

und Konfliktkanalisation länger zu pazifizieren, noch ist es ihr gelungen, die Partizipationsdimension symmetrisch auszuweiten. Erkennbar sei deshalb die Verschiebung von einer „Demokratie der Mitte“ zu einer der Eliten, so Nachtwey (2016:93) im Anschluss an die Postdemokratiedebatte. Hier schließt sich der Kreis mit der zu Anfangs aufgeworfenen Frage bezüglich der gegenwärtigen Lage der Öffentlichkeit.

Die neoliberale Theorie setzt sich insofern in Praxis um, als politische Meinungsverschiedenheiten nicht in offenen Arenen ausgetragen, sondern mit Verweis auf Sachzwänge still gestellt werden, womit ein „postpolitischer Konsens“ entstanden sei (ebd. 92), der wiederum ökonomischen Eliten in die Hände spiele. Sahen schon die neoliberalen Autor*innen in der blinden Masse eine Bedrohung ihrer Marktutopie, die sie lieber in den Händen von Steuerungsspezialist*innen wissen wollten, so misstrauen auch die politischen Technokraten dem Volk und riegeln das Regierungssystem mit Verweis auf die Notwendigkeit fachbezogener Expertise gegen breite Bürgerbeteiligung weitgehend ab. Die „Entmachtung der Massendemokratie“, die Wolfgang Streeck (2015:126) konstatiert, zeigt sich, prägnant ausgedrückt, aufs Engste verbunden „[...] mit dem Sieg des Neoliberalismus über den Nachkriegskapitalismus [...]“. In diesem Erfolg liegt die politische Resignation, von der heute die Rede ist, und mit ihr der Bedeutungsrückgang der Öffentlichkeit im politischen Aushandlungsprozess begründet.

Diese grobe Skizze der neoliberalen Restrukturierung, des „neuen Geistes“, den Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003) dem zeitgenössischen Kapitalismus zuschreiben, sollte genügen, um sich über den gegenwärtigen Zustand der Öffentlichkeit bewusst zu werden und zu verstehen, weshalb ihre Verfassung ambivalent gedeutet und ihr Status als bedroht angesehen werden muss. Die von Habermas erkannte Bedrohungslage hat es vor diesem Hintergrund verdient, neu überdacht zu werden.

3. Das ambivalente Gesicht der neoliberalen Öffentlichkeit

Die im Zuge der neoliberalen Wende angestoßenen gesellschaftsweiten Transformationsprozesse werden innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung unterschiedlich stark eingeschätzt. Eine schwächere Deutung der empirischen Befunde besagt, dass der formale demokratische Rahmen stabil bleibt, während das demokratische System plutokratische Züge angenommen habe. Demgegenüber vertreten andere Autorinnen und Autoren eine *stärkere* Position, der zufolge sich der gesamte politische Charakter der Demokratie in ökonomischen Begrifflichkeiten auflöse (vgl. Brown 2015:15). Eine abschließende Entscheidung über die Reichweite dieser ökonomischen Kolonialisierung ist allerdings kaum möglich, da aufgrund sozialer Bewegungen stetige Fort- aber auch Rückschritte bezogen auf jene Rationalitätsimplementierungen zu verzeichnen sind.

Dieser Beitrag untersucht und beschränkt sich daher auf Strukturveränderungen einer spezifischen Komponente des demokratischen Gemeinwesens, der Öffentlichkeit. Mit der Transformation der bürgerlichen zu einer demokratischen Öffentlichkeit, kam es in den 1970er und 1980er Jahren entgegen den Befürchtungen von Habermas zu einer ‚Revitalisierung‘ ebendieser „demokratischen Öffentlichkeit“ (Honneth 2011:525). Die neoliberale Umgestaltung des Zusammenlebens führte zum Aufbrechen nationaler aber auch geschlechtlicher Grenzen, indem rechtlich formalisierte Offenheit verbürgt und kommunikative Entgrenzung gewährleistet werden konnte. Die Relevanz einer sich formierenden Weltöffentlichkeit wurde bereits von Habermas in einem neuen Vorwort des *Strukturwandels der Öffentlichkeit* aus dem Jahre 1990 hervorgehoben. Mit dem Bild breiter zivilgesellschaftlicher Aktivität vor Augen, gesteht er retrospektiv ein, sich zu pessimistisch geäußert und neue Spielräume des öffentlichen Engagements unterschätzt zu haben: „Kurzum, meine Diagnose einer geradlinigen Entwicklung vom politisch aktiven zum privatistischen, ‚vom kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum‘ greift zu kurz“ (Habermas 1990:30). Insbesondere der Fortschritt der Medientechnologie habe die „Infrastruktur der Öffentlichkeit“ (ebd. 27) affiziert. Die Entwicklung von Zeitungen über Rundfunk und Fernsehen bis hin zum Internet förderte entgegen seiner ursprünglichen Diagnose die Gleichzeitigkeit, Responsivität und Miteinbeziehung breiterer Gesellschaftsschichten. Vor allem letzteres besitzt eine andere Kommunikationsstruktur als frühere Massenmedien. Netzworkebildung, Reziprozität und räumliche Entgrenzung stärken die Stellung vormals marginalisierter Akteurspositionen und fördern eine europäische oder gar globale Weltöffentlichkeit. In ihr schlummert das Potenzial, die Medienmacht, welcher es zuvor gelang, die informationellen Zugangswege zu monopolisieren, aufzubrechen und die festgeschriebene Asymmetrie der durch Massenmedien zugleich vorstrukturierten und beherrschten Öffentlichkeit aufzuhebeln.⁹

⁹ Exemplarisch wäre in diesem Zusammenhang die Anonymität der virtuellen Welt zu nennen, die nicht nur Schutz bietet, sondern darüber hinaus auch dafür genutzt werden kann, sich der öffentlichen Aus-

Selbstverständlich darf diese Einschätzung nicht über gegenläufige Tendenzen hinwegtäuschen, da sich die Situation der Öffentlichkeit seit den 1990er Jahren durchaus verschlechtert hat. Der skeptische Blickwinkel der frühen Studie scheint hier teilweise angemessener als die späteren Korrekturbemühungen. Das Ideal der Öffentlichkeit – allgemeine Zugänglichkeit in einem klassenübergreifenden Kommunikationsraum sowie der Grad der zivilen Partizipation – kann hier als Maßstab dienen, um die jüngsten Entwicklungen einordnen und bewerten zu können.

Ein nicht unerheblicher „Grad der Vermachtung“ zeigt sich etwa mit Blick auf die Stellung und den Einfluss von Medien (ebd. 32). Wie Luhmann (2009) erkannte, erfolgt unsere Konstruktion der Realität wesentlich durch Massenmedien. Der Prozess der Generierung medialer Realität hat sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv beschleunigt, was Habermas (1990:49) dazu veranlasst, von einer „[...] elektronisch hergestellten globalen Omnipräsenz der Ereignisse“ zu sprechen, die mit einer „Synchronisierung von Ungleichzeitigkeiten“ einhergehe. Ein solches System kann Pluralität stiften und den argumentativen Austausch auf verschiedenen Plattformen fördern, hat jedoch nicht selten gegenteilige Effekte: Weder ist es transparent, insbesondere im Kontext medialer Großkonzerne, noch können deren Inhalte direkt beeinflusst werden. Diese Asymmetrie zwischen Publikum und Anbieter, welche zur Verbreitung von Fehlinformationen führen kann¹⁰, hat sich im Zuge der Finanzierungsschwierigkeiten und des Umbaus öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten, deren Programm zumindest indirekt demokratisch legitimiert ist, zum Erhalt der Konkurrenzfähigkeit noch verstärkt. Die privatisierte Medienlandschaft vernachlässigt einerseits Information und Aufklärung des Publikums, während sie sich andererseits wesentlich auf Lifestyle-Formate stützt, welche der Verbreitung eben jener neoliberalen Programmatik der Optimierung Vorschub leisten (vgl. Thomas 2008). Dies ist ein Beleg dafür, dass die Ausdehnung von Märkten sowie die Erweiterung des Wettbewerbs nicht notwendigerweise mit einem differenzierten Angebot einhergehen müssen (vgl. Newton/Merz 2015:463). Jene „Überschwemmung der Öffentlichkeit mit Werbepublikationen“, die bereits Habermas (1990:284) diagnostizierte, ist heute durch den virtuellen Verkehr nicht nur erleichtert, sondern personalisierter, denn deren Verteilung orientiert sich an im Netz zurückgelassenen Fußabdrücken, die wiederum eine speziell zugeschnittene Angebotspräsentation ermöglichen. Neben der informationellen Benachteiligung haben verschiedene Untersuchungen den kulturindustriellen Charakter vielerlei Produktionen nachgewiesen (vgl. Steinert 1998, 2018).¹¹ Dabei zeigt sich die frühere Spaltung der

einandersetzung bewusst zu entziehen, sich Begründungsforderungen und Rechtfertigungsimperativen nicht stellen zu müssen.

10 Ein Beispiel ist der Einfluss von Facebook auf die Meinungsbildung während der vergangenen US-Präsidentschaftswahl, mithilfe dessen sich unseriöse Berichterstattungen problemlos verbreiten ließen.

11 Die Genese und die theoretischen Hintergründe des Begriffs der Kulturindustrie, der auf das anhaltende Durchschlagen der kapitalistischen Herrschaft auf die kulturelle Sphäre abstellt, beleuchten Glasenapp (2006) sowie Niederauer und Schweppenhäuser (2018).

kulturellen Welt in zwei Teile – eine authentische bürgerliche Kunst sowie das Gros der kulturellen Produktion, welches zentriert ist um standardisiertes Erleben und Konsumierbarkeit – im Verschwinden begriffen. Erstere vermag einzig in Nischen zu überdauern. Die Auflösung der Grenze zwischen Kunst und populärer Massenkultur sei Indiz dafür, dass die Künste in die Kulturindustrie integriert würden (vgl. Prokop 2004:272-279). Die auf Rentabilität ausgerichtete Kultur spiegelt den „Gesamtzusammenhang moderner Gesellschaften“ (Behrens 2004:30) wider.¹² Diese Entwicklungslinien führt Gernot Böhme (2016) mit dem Begriff des ‚ästhetischen Kapitalismus‘ zusammen, innerhalb dessen Waren ihre Bedeutsamkeit zu großen Teilen aus ihrem Inszenierungswert erlangen. Eine solche Zuschreibung ermögliche es, Bedürfnisse, die prinzipiell befriedigt werden können, in unstillbare Begehren zu transformieren und so den Dauerkonsum aufrechtzuerhalten. Das Bewusstsein für diese neue Wertform variiert hingegen mit der Verortung der Subjekte im sozialen Raum. Infolgedessen ist das soziale Gefüge gegenwärtig weiterhin durchzogen von an den Besitz ökonomischen und kulturellen Kapitals gebundene Hürden, die zu sozialen Schließungen bestimmter Positionen beitragen (vgl. Bourdieu 2015:234-238).

Zur Plausibilisierung dieser These lohnt sich ein nochmaliger Blick auf die ökonomische Seite der neoliberalen Wende, denn in ihr liegen die neu auftretenden sozialen Verwerfungen begründet, die auch den öffentlichen Raum vertikal durchschneiden. Während die fordistische Gesellschaft Ungleichheiten materieller Art zu mildern vermochte, dafür jedoch Identitätskonflikte schürte, droht die vom Regime des finanzialisierten und flexibilisierten Kapitalismus gezeichnete Gesellschaft Klassenkonflikte – eigener Art – hervorzurufen. Selbst wenn, wie Byung-Chul Han (2016:15), hierin der Diagnose von Hardt und Negri (2003) nicht unähnlich, schreibt, dass das „neoliberale Regime [...] die Fremdausbeutung in die Selbstaussbeutung“ aller Klassen verwandele, also auch die von der Lohnabhängigkeit verschonten Gruppen dem neuen Imperativ des unternehmerischen Engagements unterwirft, ist die soziale Spaltung, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, wie die Auflösung herkömmlicher Arbeitsverhältnisse gleichermaßen empirisch nicht zu leugnen.¹³ Diese Feststellung begründet zugleich die Rückkehr der scheinbar

12 Die Besonderheit der Kulturindustriethese besteht darin, dass sie sich nicht in einer Kritik des Kommerzes erschöpft, sondern „[...] die durch den Warencharakter veränderte Struktur des Verhältnisses von Mensch, Gesellschaft und Welt“ reflektiert (Behrens 2004:40). Das bedeutet aber auch, dass diese ein dynamisches Verhältnis beschreibt und vor dem Hintergrund sich verändernder Umstände einer Aktualisierung in zeitgemäßer Form, etwa als Analyse und Kritik der Popkultur sowie ihrer Funktionsprinzipien, bedarf, um nicht im Bilde der 1950er und 1960er Jahre stecken zu bleiben. Diese Untersuchung muss offen sein für Ambiguitäten, denn es geht sowohl um den „Kitt [...], wie um den Sprengstoff, der die Gesellschaft zusammenhält und ebenso ihre Strukturen zu durchbrechen vermag“ (Behrens 2003:198).

13 Zur genaueren Analyse ist es sinnvoll zwischen Lohn-, Einkommens- und Vermögensungleichheit zu unterscheiden. Dabei gilt, dass die vormalige Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse entgegen der Prognose von Kuznets zum Stillstand gekommen ist, wenn nicht sogar in einer neuen Spreizung mündet. Hierzu Piketty (2016:27): „Unbestreitbar ist, dass sich in allen westlichen Ländern der vorher-

endgültig überwundenen, angestaubt wirkenden aber de facto bloß überlagerten Klassenrhetorik in den politischen Diskurs. So spricht Oliver Nachtwey (2016:169) von einer neuartigen „Klassengesellschaft“ innerhalb derer die obere Klasse „sozial abgeschottet“ in „einer ständischen Welt“ lebe. Während die Mittelklasse aus Furcht vor dem sozialen Abstieg um den Erhalt ihres Status bemüht sei, entwickle sich eine „neue Unterklasse“, deren Alltag geprägt werde von Sozialleistungen und prekären Anstellungsformen (vgl. ebd.). Von einem eigenen Bewusstsein dieser abgehängten Bevölkerungsteile könne jedoch keine Rede sein:

„Durch den sozialen Abstieg entstehen allerdings zunächst keine Klassen im Sinne homogener Lebenslagen, aus denen heraus gleichgerichtete Interessen artikuliert werden. Was wir beobachten können, sind neue *Klassenstrukturierungen*. [...] Moderne Klassenverhältnisse sind komplexer als der einfache Gegensatz von Arm/Reich oder Oben/Unten. Die vertikalen sozialen Ungleichheiten sind verschränkt mit horizontalen Disparitäten“ (ebd. 174).

Gerade deshalb ist es Apathie oder unkoordiniertes Aufbegehren anstelle eines kollektiven politischen Widerspruchs, das gegenwärtig diagnostiziert werden müsse. Hier trifft sich die Sozialstrukturanalyse mit der politischen Soziologie und Demokratietheorie, denn der zunehmende ökonomische Leistungsdruck, sowie die Ermächtigung einer dominierenden Klasse bergen politische Konsequenzen, insbesondere bezogen auf die Funktion der Öffentlichkeit, in sich. Die demokratische Ordnung erfährt eine innere Entleerung unter einem gleichbleibenden formal-institutionellen Rahmen. In diesem Sinne sind die folgenden Äußerungen Collin Crouchs (2013b:63-64) zu verstehen:

„Eine Gruppe mächtiger, politisch überaus bedeutender Unternehmer – die Konzerne der Medienindustrie – trägt direkt zur Verringerung demokratischer Alternativen und zum Verfall der politischen Sprache und Kommunikation bei – zwei wichtige Symptome des besorgniserregenden Gesundheitszustands der Demokratie.“

Die Kommerzialisierung habe das gemeinnützige Erziehungsprogramm verdrängt und einer „sensationshaischen Berichterstattung“ Vorschub geleistet, die auf Komplexität und Differenziertheit zugunsten von homogenen, massentauglichen Formaten verzichte (vgl. ebd.). „Heute kontrolliert“, so schreibt er, „eine sehr kleine Zahl außerordentlich reicher Individuen die politisch relevanten Nachrichten und Informationen – eine Ressource, die für Bürger in Demokratien lebensnotwendig ist“ (ebd. 68). Erschwerend komme hinzu, dass neben den Massenmedien auch die Parteien, als zweites Bindeglied „zwischen der Öffentlichkeit und den politischen Eliten“, an Bedeutung einbüßen (Crouch 2013a:227). Hier liegt der Kern seiner Postdemokratiethese, nämlich die Ansicht, dass große Konzerne durch direkte finanzielle Kontrolle oder mithilfe geschickter Lobbyarbeit

gehende Abwärtstrend umgekehrt hat. Wie die Lohnungleichheit hat die Einkommensungleichheit in den 1980er- und 1990er-Jahren überall aufgehört zurückzugehen. Und sie ist spürbar gewachsen in den Ländern, in denen dies auch von der Lohnungleichheit gilt.“

Medien und Politik zu ihren eigenen Gunsten beeinflussen. Konstatiert werden muss allerdings, dass diese These gleichermaßen zu weit und nicht weit genug geht. *Zu weit*, weil Crouch demokratische Partizipation ausschließlich in althergebrachten Formen begreift und wenig Sensibilität gegenüber unkonventionellen Beteiligungsformen aufbringt. Paul Nolte (2011:10) weist demgegenüber beispielsweise auf den multiplen Charakter zeitgenössischer Demokratien hin, deren neue Gestalt durchaus als ‚Innovationsschub‘ gedeutet und gegen eindimensionale Erzählungen des Niederganges verteidigt werden könne.¹⁴ *Nicht weit genug* geht die These, weil Crouch nicht auf die verschiedenen Effekte der ökonomischen Flexibilisierung blickt, sondern zu monokausal auf eine, wie es in neomarxistischen Kreisen des Öfteren heißt, ‚transnationale Kapitalistenklasse‘¹⁵ zur Erklärung des Niedergangs öffentlichen Handelns zurückgreift. Auf diese umstrittene Erklärung rekurriert jüngst auch Didier Eribon (2017:183), wenn er zu dem Ergebnis gelangt, dass die „Art, wie die herrschenden Klassen ihr Territorium und ihre Privilegien verteidigen, [...] nicht einfach nur das Ergebnis einer reproduktiven Eigenlogik sein“ könne, „die von niemandem orchestriert wird“. Doch sind es bei ihm gerade nicht nur manipulative Medien und Großkonzerne, welche die Bevölkerung kulturell ‚bespaßen‘, ideologisch indoktrinieren und politisch entmündigen, sondern das neoliberale Arrangement, dessen Leitprinzipien und Handlungslogiken als Ganzes, münden in einer entpolitisierten Öffentlichkeit. Letztere ist nicht ausschließlich von einer elitären Clique bewusst initiiert, gewissermaßen als Plan realisiert worden, sondern kann als nicht intendierte Folge einer neuen ökonomischen Rationalität und damit als Resultat des Zusammenwirkens eines neuen Akkumulationsregimes mit angepasster Regulationsweise angesehen werden.¹⁶

Dies zeigt sich etwa an der inhaltlichen Depolitisierung öffentlicher Debatten, wie sie Wendy Brown (2015:150) beklagt. Ihr zufolge seien die bedeutsamen politischen Fragen,

14 Gleichzeitig muss hervorgehoben werden, dass eine optimistische Deutung im Sinne einer ‚participatory revolution‘ eine Tatsache zu unterschlagen droht: Es sind, wie Petra Böhnke (2011) betont, gerade nicht die neuen Unterschichten, die sich dieser alternativen Partizipationsformen bedienen, sondern etablierte und gut ausgebildete Milieus, die über das notwendige Kompetenzniveau verfügen und aufgrund dessen ihren politischen Einfluss über jene Kanäle noch weiter auszudehnen vermögen. Diesen Befund teilt auch Dirk Jörke (2011:16), wenn er schreibt: „Politische Beteiligung, ob nun konventionell in Parteien und durch Wahlen oder auf neuen Wegen, droht mithin zu einer Spielwiese der Modernisierungsgewinner zu verkommen“.

15 Zur begrifflichen Bestimmung heißt es bei Sklair (2001:295): „They are a *class* in that they are defined in terms of their relationship to the means of production, distribution, and exchange, and they are a *capitalist class* in that they own and/or control, individually or collectively, the major forms of capital. They are a *transnational capitalist class* in that they operate across borders to further the interest of global capital rather than of any real or imagined nation-state“. Erst die Globalisierung ermögliche es demnach jenen dominierenden Akteuren aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur, den nationalen Rahmen fortwährend zu transzendieren und sich weltweit als besitzende Klasse dauerhaft zu etablieren (vgl. Sklair 2010; Bude 2016).

16 Der anfangs in Stellung gebrachte Ideologiebegriff impliziert bereits, dass es sich um keine bewusste Täuschung, sondern um in gesellschaftlichen Verhältnissen verwurzelte Realitätsdeutungen, um *notwendig* falsches Bewusstsein handelt.

„Erwägungen über Gerechtigkeit und andere Gemeingüter, [...] die Verfolgung von Visionen für das Wohl des Ganzen“ (ebd.), anhand derer sich wegweisende politische Konflikte entzünden, zugunsten eines Mikro-Management-Diskurses aufgegeben worden:

„Das öffentliche Leben wird vielmehr auf Problemlösen und die Implementierung von Programmen reduziert, eine Vorstellung, die Politik, Konflikte und Erwägungen mit Bezug auf gemeinsame Werte oder Zwecke einklammert oder eliminiert“ (ebd.).

Echtes politisches Handeln im Raum der Öffentlichkeit reduziere sich auf „Verwaltungspraktiken“, deren Zielsetzungen nicht weiter hinterfragt würden (vgl. ebd.).

Zu dieser, sicherlich zugespitzten, aber im Kern durchaus nachvollziehbaren Einschätzung kommt erschwerend hinzu, dass die Etablierung eines neuen Unterschichtenmarktes zu verzeichnen ist, welcher zugleich für die elitäre Absetzung von durch Kapitalvolumen und -struktur begünstigter Milieus förderlich ist (vgl. Honneth 2011:550-552). Dieser gegenwärtige, von verschiedenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erkannte, Trend demokratisch verfasster Staaten, weite Teile ihrer Bevölkerung zunehmend in politische Passivität zu drängen, die ohnehin immer häufiger um ihren ökonomischen Status bangen müssen, ihren zivilgesellschaftlichen Einfluss zu reduzieren, die Öffentlichkeit zu entkräften, wie es bei Habermas (1990:327) heißt, und das Regierungsgeschäft einem kleinen Kreis von Repräsentanten zu überlassen, deren Entscheidungen den Interessen wirtschaftlicher Unternehmen statt der Mehrzahl ihrer Bürger verpflichtet sind, vervollständigt das aktualisierte Bild zeitgenössischer Öffentlichkeit (vgl. Butterwegge/Lösch/Ptak 2008:221-283).

Zusammenfassend lassen sich also dreierlei Bedrohungskomponenten ausmachen: die ökonomisch neu aufbrechende soziale Frage,¹⁷ die jedoch bisher in keinem Zusammenschluss der abgeschlagenen Bevölkerungsteile mündet, sowie die eng mit ihr verbundene Frustration über die Unfähigkeit zur korrigierenden Intervention politischer Institutionen. Die dritte potenzielle Gefahrenquelle, die zugleich die Möglichkeit einer revitalisierten öffentlichen Gegenmacht in sich birgt, liegt in der medialen und technischen Innovation, die zugleich wachsende Manipulationspotenziale – gerade durch die erweiterte Zugänglichkeit sowie das Fehlen elementarer Rationalitätsstandards im Online-Verkehr – mit sich bringt. Weiterhin hat sich gezeigt, dass es nicht nur materielle Veränderungen sind, die der Dynamik öffentlicher Anteilnahme im Wege stehen, sondern dass darüber hinaus die zeitgenössische Ideologie der Aktivierung und Flexibilisierung einen erweiterten und internalisierten sozialen und temporalen Druck auf die Wirtschaftssubjekte ausübt, der ihre Partizipationsbereitschaft notwendigerweise untergräbt. Im „Dauerwettbewerb der Spätmoderne“ (Rosa 2009:662) schwindet der Platz für zeitaufwendige

¹⁷ Das Adjektiv neu ist an dieser Stelle entscheidend, handelt es sich doch weniger um eine bloße Neuaufgabe denn um „Metamorphosen der sozialen Frage“ (Castel/Dörre 2009:15).

Deliberation. Eine lebendige Zivilgesellschaft und kommunikative Freiheit verbürgende Assoziationsverhältnisse sind daher gegenwärtig, wenn überhaupt, situativ vorzufinden und dann vor allem emotional grundiert, was den argumentativen Austausch und eine rationale Kompromissfindung erschwert. Die Kluft zwischen Ideal und Realität der Öffentlichkeit ist im Lichte dieser Prozesse kaum zu leugnen.

Aber nicht nur Habermas beklagt den Niedergang der politischen Öffentlichkeit. Eine in historischer Hinsicht ausgedehnte und in ihrer Radikalität erweiterte These vertritt Richard Sennett. Ihm zufolge sei das öffentliche Leben als Ganzes existenziell bedroht (vgl. Sennett 2013: 43). Im Vergleich zu früheren Epochen habe sich die gesamte Gesellschaftsformation transformiert, womit das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit, die Grenzbestimmung beider Sphären, nachhaltig gestört wurde. Kapitalismus und eine neuartige Kultur der Säkularität seien die Ursachen dieses Bedeutungsverlustes:

„Man nahm die öffentliche Sphäre nicht mehr, wie noch in der Aufklärung, als ein eigentliches Netz sozialer Beziehungen wahr – vielmehr erschien das öffentliche Leben als moralisch fragwürdig. Privatheit und Stabilität schienen in der Familie vereinigt, und angesichts dieser idealen Ordnung wurde die Legitimität der öffentlichen Ordnung in Zweifel gezogen“ (ebd. 51).

Die „Besessenheit von der Intimität“ (ebd. 589) verunmögliche den zivilisierten Umgang und das Verfolgen gemeinsamer Interessen im öffentlichen Raum, so Sennetts Verfallsthese. Zweifellos drohen Theorien langfristiger Entwicklungen die Spezifika parallel verlaufender Wandlungsprozesse zu übersehen. Der Analyse eines solchen zeitlich begrenzten Horizonts nimmt sich dieser Beitrag an, denn die beschriebenen technologischen, ökonomischen und politisch-kulturellen Veränderungen haben die Abwertung der Öffentlichkeit intensiviert. Die Neoliberalisierung hat auf ihre ganz eigene Art, darin liegt ihre Paradoxie, die Ressourcen zivilgesellschaftlicher Aktivität untergraben und zugleich technologische und autonomiefördernde Potenziale zu deren Reaktivierung bereitgestellt. Schon vor Sennett befürchtete Habermas eine Privatisierung der Öffentlichkeit: „Öffentlichkeit“, so heißt es bei ihm, „wird zur Sphäre der Veröffentlichung privater Lebensgeschichten“ (Habermas 1990:262). Und selbst wenn, wie Beate Rössler (vgl. 2001:322) hervorhebt, sich der öffentliche Raum bisher gegen diese Tendenz als relativ resistent erwiesen hat, bleibt die Einschätzung von Habermas noch heute mehr als relevant. So gelangt auch Zygmunt Bauman (2003:49), der in diesem Punkt mit Habermas übereinstimmt, zu dem Schluss, dass die „Öffentlichkeit‘ [...] durch die ‚Privatsphäre‘ kolonisiert“ sei und sich „das ‚öffentliche Interesse‘ [...] auf die Neugier des Publikums“ reduziere. Eine solche „Inszenierung von Privatheit im öffentlichen Raum“ (Rössler 2001:308-309) untergräbt jedoch den produktiven Austausch von Argumenten und die Kontrolle des politischen Handelns – Öffentlichkeit legt sich oder droht zumindest, sich selbst lahm zu legen.

Sicherlich ist es verfrüht von einem Regime der datenbasierten „Psychopolitik“ (Han 2016:86) zu sprechen, welches eine „von Zuschauern und Konsumenten“ bevölkerte „Transparenzgesellschaft“ (ebd. 21) hervorbrächte, doch sind gewisse Drohpotenziale nicht von der Hand zu weisen.¹⁸ Die Empirie – zusätzlich zu der theorieimmanenten Widersprüchlichkeit jeder Totalisierungsthese – verweist auf gewisse Trends, die eine solch apokalyptische Zuspitzung zumindest im Moment noch nicht erlauben (vgl. Sennett 2005:105-140). Angebracht wäre demgegenüber die Zeichnung eines ambivalenten Bildes, wengleich dieses durchaus mit einem skeptischen Einschlag versehen werden muss: *Einerseits* ziehen sich bestimmte, sozial abgeschlagene Milieus – teils genötigt, teils aus eigenem Antrieb – immer weiter aus der Öffentlichkeit zurück oder blockieren deren Tätigwerden. *Andererseits* hat gerade das Internet eine Politisierung und Globalisierung der Öffentlichkeit begünstigt, welche nationale Regierungen, etwa durch die Veröffentlichung sensibler Daten, unter fortwährenden Rechtfertigungsdruck setzt und zu grenzübergreifenden Problembearbeitungen aufruft.¹⁹ Doch auch hier treten Rückschläge, etwa in dem von Bauman oder Sennett beschriebenen Szenario einer pathologischen Durchdringung des öffentlichen Raumes durch private Bedürfnisse, hervor. Dies wirft auch Probleme für das Theoretisieren von Öffentlichkeit auf, insbesondere dann, wenn damit ein normatives Anliegen verbunden ist. Hierzu zählt, dass Habermas' Ausführungen einem „westfälischen Rahmen“ verhaftet bleiben, sprich einen „nationalen Subtext“, wie es bei Nancy Fraser (2007:229) heißt, aufweisen. An dieser Grundannahme hätten auch die Kritikerinnen und Kritiker seiner Studie nie ernsthaft gerüttelt. Dagegen betont Fraser, dass der Blick auf die Öffentlichkeit nur ein postnationaler und emanzipatorischer sein kann; kritisch vor allem auch deshalb, weil die Öffentlichkeit als Transnationale noch immer massive Mängel in zweierlei Hinsicht, bezogen auf ihre Legitimität und bezogen auf ihre Effektivität, aufweise. Weder konstituieren die häufig „verstreute[n] Gesprächspartner“ einen Demos, noch haben sich „Solidaritäten und Identitäten gleicher Reichweite“ gebildet (ebd. 245). Selbst „der Adressat der Kommunikation“ sei unklar, handele es sich doch um „[...] eine amorphe Mischung aus öffentlichen und privaten transnationalen Mächten, die weder einfach identifiziert noch verantwortlich gemacht werden können“ (ebd.).

18 Dies gilt im Besonderen für den grundlegend gewandelten Wunsch nach Veröffentlichung, der nicht länger ausschließlich von Seiten staatlicher Autoritäten geäußert, sondern gerade durch Unternehmen und Privatpersonen artikuliert wird. Die Preisgabe des Selbst wird nicht länger erzwungen, wie es noch dystopische Erzählungen des vergangenen Jahrhunderts nahelegten, sondern freiwillig vollzogen.

19 Als Beispiele einer effektiven globalen Mobilisierung, was insgesamt eher die Ausnahme darstellt, können Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen angeführt werden, deren Lösung nach internationaler Kooperation verlangt. Bei Ulrich Beck (2015:154) heißt es dazu: „Globale Gefahren stiften globale Gemeinsamkeiten, ja es bilden sich die Konturen einer (virtuellen) Weltöffentlichkeit heraus“. Allerdings münden, dies muss auch erwähnt werden, globale Bedrohungen und Ängste nicht selten in neuen Nationalismen, die einer anspruchsvollen öffentlichen Auseinandersetzung im Wege stehen.

Der Status der Öffentlichkeit, genau wie ihre Grenze, sind offensichtlich auch noch ein halbes Jahrhundert nach Erscheinen des *Strukturwandels der Öffentlichkeit* umkämpft. Umkämpft zu sein heißt allerdings auch im Bewusstsein der Kontingenz auf Wandelbarkeit insistieren zu können. Der Gewinn einer solchen Einsicht sowie die breite Mobilisierung für Veränderung hängen jedoch von bestimmten Bedingungen ab, von Voraussetzungen, deren Herstellung im Zuge der neoliberalen Wende, wie gezeigt, in mehrerlei Hinsicht untergraben wird. Eine Konsequenz der feinjustierten herrschenden Ordnung ist es, die sich prinzipiell bietenden Möglichkeiten für eine kritisch reflektierende und solidarisch verbundene Weltöffentlichkeit strukturell zu sabotieren.

4. Literatur

- Adorno, T. W. & Horkheimer, M. (2012): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente [1944]. Frankfurt am Main: Fischer.
- Altvater, E. (2008): Globalisierter Neoliberalismus. In: C. Butterwegge; B. Lösch & R. Ptak (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 50-68.
- Bauman, Z. (2003): Flüchtige Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (2015): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Behrens, R. (2003): Diktatur der Angepassten. Texte zur Kritischen Theorie der Popkultur. Bielefeld: transcript.
- Ders. (2004): Kulturindustrie. Bielefeld: transcript.
- Biebricher, T. (2015): Neoliberalismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Böhme, G. (2016): Ästhetischer Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Böhnke, P. (2011): Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 18-25.
- Boltanski, L. & Chiapello, È. (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (2015): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U. (2002): Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst. Mittelweg 36, 4, S. 6-26.
- Ders. (2016): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ders. (2017): Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste. Berlin: Suhrkamp.
- Brown, W. (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Berlin: Suhrkamp.
- Bude, H. (2016): Globale Klassenverhältnisse. In: H. Bude & P. Staab (Hg.): Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen. Frankfurt/New York: Campus, S. 115-136.
- Burzan, N. (2009): Prekarität und verunsicherte Gesellschaftsmitte – Konsequenzen für die Ungleichheitstheorie. In: R. Castel & K. Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt: Campus, S. 307-315.
- Butterwegge, C.; Lösch, B. & Ptak, R. (2008): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS.
- Castells, M. (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter I. Opladen: Leske + Budrich.
- Castel, R. (2009): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: R. Castel & K. Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt: Campus, S. 21-34.
- Castel, R. & Dörre, K. (2009): Einleitung. In: R. Castel & K. Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt: Campus, S. 11-18.
- Crouch, C. (2013a): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Berlin: Suhrkamp.
- Ders. (2013b): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dörre, K. (2012): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: K. Dörre; S. Lessenich & H. Rosa (Hg.): Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 21-86.

- Elias, N. (1997): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Band I. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eribon, D. (2017): *Gesellschaft als Urteil. Klassen, Identitäten, Wege*. Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, N. (2007): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt. In: B. Herborth & P. Niesen (Hg.): *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 224-253.
- Glaserapp, J. (2006): Kulturindustrie als Status Quo-Industrie. Adorno und das Populäre. In: W. Faulstich & K. Knop (Hg.): *Unterhaltungskultur*. München: Wilhelm Fink, S. 167-178.
- Gross, P. (2016): *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1973): Öffentlichkeit (ein Lexikonartikel). In: ders.: *Kultur und Kritik. Verstreute Aufsätze*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 61-69.
- Ders. (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Ders. (1995): *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hall, P. A. & Soskice, D. (Hg.) (2001): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hälterlein, J. (2015): *Die Regierung des Konsums*. Wiesbaden: VS.
- Han, B.-C. (2011): *Müdigkeitsgesellschaft*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Ders. (2016): *Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Hardt, M. & Negri, A. (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt: Campus.
- Hartmann, M. (2011): Öffentlichkeit. In: C. Offe & M. Hartmann (Hg.): *Politische Theorie und Philosophie. Ein Handbuch*. München: C.H. Beck, S. 274-277.
- Hillmann, K.-H. (2007): *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: Kröner.
- Hirsch, J. (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Honneth, A. (2011): *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Jaeggi, R. (2009): Was ist Ideologiekritik? In: R. Jaeggi & T. Wesche (Hg.): *Was ist Kritik?* Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 266-295.
- Jessop, B. (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat. In: B. Röttger & V. R. Diaz (Hg.) (2007): *Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften*. Hamburg: Argument, S. 208-233.
- Ders. (2001): Was folgt dem Fordismus? Zur Periodisierung von Kapitalismus und seiner Regulation. In: B. Röttger & V. R. Diaz (Hg.) (2007): *Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften*. Hamburg: Argument, S. 255-274.
- Jörke, D. (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, 1-2, S. 13-18.
- Kennedy, E. (1986): Carl Schmitt und die „Frankfurter Schule“. *Deutsche Liberalismuskritik im 20. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft*, 12, S. 380-419.
- Kraemer, K. (2009): Prekarisierung – jenseits von Stand und Klasse? In: R. Castel & K. Dörre (Hg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt: Campus, S. 241-252.
- Lemke, T. (2000): Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahresschrift*, 41(1), S. 31-47.

- Lessenich, S. & Borchert, J. (2004): „Spätkapitalismus“ revisited. Claus Offes Theorie und die adaptive Selbsttransformation der Wohlfahrtsstaatsanalyse. ZSR, 50(6), S. 563-583.
- Lessenich, S. (2013): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Luhmann, N. (2009): Die Realität der Massenmedien [1995]. Wiesbaden: VS.
- Marchart, O. (2013a): Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Ders. (2013b): Die Prekarisierungsgesellschaft: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld: transcript.
- Mirowski, P. & Plehwe, D. (Hg.) (2009): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge: Harvard University Press.
- Nachtwey, O. (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Newton, K. & Merz, N. (2015): Regieren die Medien? In: W. Merkel (Hg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: VS, S. 439-471.
- Niederauer, M. & Schweppenhäuser, G. (2018): „Kulturindustrie“. Annäherung an einen populären Begriff. In: M. Niederauer & G. Schweppenhäuser (Hg.): „Kulturindustrie“: Theoretische und empirische Annäherungen an einen populären Begriff. Wiesbaden: VS, S. 1-28.
- Nolte, P. (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 5-12.
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.
- Ders. (2016): Ökonomie der Ungleichheit. Eine Einführung. München: C.H. Beck.
- Prokop, D. (2004): Gegen Medien-Lügen. Das neue Lexikon der Kulturindustrie. Hamburg: VSA.
- Rosa, H. (2009): Von der stabilen Position zur dynamischen Performanz. Beschleunigung und Anerkennung in der Spätmoderne. In: R. Forst; M. Hartmann; R. Jaeggi & M. Saar (Hg.): Sozialphilosophie und Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 655-671.
- Ders. (2012): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ders. (2013): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik. Berlin: Suhrkamp.
- Rössler, B. (2001): Der Wert des Privaten. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sennett, R. (2005): Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag.
- Ders. (2006): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag.
- Ders. (2013): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Berlin: Berlin Verlag.
- Schelsky, H. (1965): Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft. In: ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf: Eugen Diederichs Verlag, S. 331-336.
- Simmel, G. (2013): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung [1908]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sklair, L. (2001): The Transnational Capitalist Class. Oxford: Blackwell.
- Ders. (2010): Die transnationale Klasse des Kapitals. In: U. Beck & A. Pfoerl (Hg.): Große Armut, großer Reichtum. Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit. Berlin: Suhrkamp, S. 263-301.
- Söllner, A. (1983): Linke Schüler der konservativen Revolution? Zur politischen Theorie von Neumann, Kirchheimer und Marcuse am Ende der Weimarer Republik. Leviathan, 11(2), S. 214-232.
- Stahl, T. (2013): Immanente Kritik: Elemente einer Theorie sozialer Praktiken. Frankfurt: Campus.

- Steinert, H. (1998): Kulturindustrie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Steinert, H. (2018): Unterhaltung, Werbung, Propaganda. Elemente einer Kritischen Theorie der Medien. In: M. Niederauer & G. Schweppenhäuser (Hg.): „Kulturindustrie“: Theoretische und empirische Annäherungen an einen populären Begriff. Wiesbaden: VS, S. 259-277.
- Streeck, W. (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Thomas, T. (2008): Marktlogiken in Lifestyle-TV und Lebensführung. Herausforderungen einer gesellschaftskritischen Medienanalyse. In: C. Butterwegge; B. Lösch & R. Ptak (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 147-163.
- Ullrich, C. G. (2004): Aktivierende Sozialpolitik und individuelle Autonomie. Soziale Welt, 55(2), S. 145-158.
- Willke, G. (2003): Neoliberalismus. Frankfurt: Campus.